

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}


2. Ausgabe / 30. Jahrgang

Für Halle und den
Saalekreis

11. Februar 2020

**Sag es durch
die Blume!**

DIE LINKE.



Susanne Hennig-Wellsow nach der Wahl von
Thomas Kemmerich (FDP), der sich mit den
Stimmen der AfD zum Ministerpräsident
wählen ließ.

Foto: Thomas Holzmann/UNZ

Meine Gedanken zur Wahl des Ministerpräsidenten in Thüringen

Am 5. Februar zur Mittagszeit saß ich mit anderen Genoss*innen im Linken Laden und habe den Fortgang der Wahlen in Thüringen verfolgt.

Als die Ergebnisse der Auszählung nach dem dritten Wahlgang bekanntgegeben wurden, konnten wir es nicht fassen. Wir waren entsetzt! Mit Unterstützung der AfD und aller Stimmen der CDU ist der Kandidat der FDP, Thomas Kemmerich, zum Ministerpräsidenten gewählt worden.

Ja, es war eine demokratische Wahl. Aber es war auch ganz klar hartes Kalkül von FDP und CDU, auf diese Weise den linken Kandidaten Bodo Ramelow zu verhindern. Geschichte wiederholt sich nicht - aber Ähnlichkeiten mit sehr dunklen Zeiten unserer Geschichte sind nicht von der Hand zu weisen.

Wir sollten sehr wachsam sein!

Die rechten Kräfte in unserem Land werden immer stärker. Und aus der so genannten demokratischen Mitte erhalten sie immer mehr Unterstützung. Dass in Thüringen die CDU-Fraktion um Mike Mohring nicht gewusst haben will, welche Folgen ihr Handeln haben wird, kann mir keiner weißmachen. Die immer wieder praktizierte Gleichsetzung rechtsextremer Politik, sprich auch der AfD, und der Linken, kann nicht

hingenommen werden. Wir dürfen nicht müde werden, die Ziele, die damit verfolgt werden, zu benennen und deren Zweck zu entlarven.

Wenn ihr mich fragt, ob so etwas wie in Thüringen auch bei uns in Sachsen-Anhalt möglich wäre, dann muss ich eindeutig sagen: Leider ja.

Ein Teil der CDU im Lande schielt schon lange zur AfD hin, Zusammenarbeit mit dieser auf kommunaler Ebene wird angestrebt u. a.

Am wirksamsten gegen diese Tendenzen, die leider weltweit vorhanden sind, ist unser eigenes überzeugendes Auftreten, sind die eigenen Angebote an die Bürger unseres Landes, unsere eigene geschlossene und überzeugende Wirkung in der Öffentlichkeit.

Liebe Genossinnen und Genossen des Stadtverbandes Halle, wir brauchen eure Mitarbeit - z. B. bei den unterschiedlichsten Aktionen gegen Rechts in der Stadt, bei der Unterschriftensammlung für das Volksbegehren für ein neues Bildungsgesetz im Land, bei der Verbreitung unserer Ideen und auch bald wieder im Wahlkampf.

Den Thüringer Genoss*innen wünsche ich jetzt ganz viel Kraft.

Lydia Roloff

Der Gesprächskreis Gesellschaftskonzeptionen (GkGk) trifft sich am **19. Februar 2020 um 17 Uhr in der KANTINE des Opernhauses.**

Im Mittelpunkt der Diskussion steht, nach einer Veröffentlichung von Dieter Klein, „Zukunft oder das Ende des Kapitalismus“.

Eine Einführung zum Thema gibt Genossin Ingrid Ruddigkeit.

Antifaschistische Proteste am 6. März!:

Am 6.3. soll es ein „Flügeltreffen“ in Schnellroda (Saalekreis) geben.

Dabei übt die Landesspitze der AfD (zum wiederholten Male) den Schulterschluss mit dem Neonazi Kalbitz sowie den Faschisten Höcke und Kubitschek. An dem Tag wird es Proteste vor Ort gegen dieses rechtsextreme Treffen geben. Diese unterstützen wir als DIE LINKE Halle gemeinsam mit der Linksjugend und dem SDS.

Senioren-Cafe' am 26. Februar, 14:30 Uhr, im Linken Laden, Leitergasse 4

„Zeitgedanken - Gedanken und Beobachtungen einer 67-Jährigen“

Lesung: Frau Kerstin Schnabel

Vorschau März

11.03.20 MV BO Riebeckplatz-Hofjäger 16 Uhr

im Kartoffelhaus Willy-Brandt-Str-44
Gäste sind willkommen!

Senioren-Cafe' am 25. März ab 14:30 Uhr im Linken Laden, Leitergasse 4

„Was ist divers, inter- und transgeschlechtlich, pansexuell, queer? Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt verständlich erklärt!“

Referent: Dipl. Pädagoge Ants Kiel, BBZ „lebensart“ e.V.

Warum gehen Frauen in die Politik?

Interview mit Ute Haupt

Wer Petras Podcast noch nicht kennt, sollte dies unbedingt nachholen, denn seit letztem Jahr dreht er sich nicht nur um aktuelle Geschehnisse im Deutschen Bundestag, sondern auch um engagierte Frauen in Politik und vor allem im Ehrenamt. Damit aber auch alle, die keinen Podcast hören, an den Interviews mit den Frauen teilhaben können, gibt es ab jetzt dazu eine Reihe für das Linke Blatt, die kleine Einblicke in die Podcast-Serie geben wird. In dieser Ausgabe geht es um Ute Haupt.

Steckbrief

Name: Ute Haupt

Beruf: Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)

Ehrenamt: Vorsitzende des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses; Mitglied im Jugendhilfeausschuss und im Sportausschuss; Fraktionssprecherin für Soziales/ Jugend und Sport und vieles mehr

Sonstiges: liest gern Krimis

Wie hat das alles mit deinem politischen Engagement angefangen?

Eigentlich schon in der Schulzeit, in Organisationen und dergleichen mehr und von daher war das immer normal für mich, dass ich mich engagiere. Stadträtin bin ich schon seit 1990, schon seit der ersten Wahlperiode nach der Wende und somit zähle ich mit zu den Dienstältesten im Stadtrat. Aber es macht mir immer noch ganz viel Spaß und deshalb bin ich immer noch dabei.

Gab es einen auslösenden Moment für dein Engagement?

Mit der Wende kam eine Zeit des Aufbruchs, die für alle und auch für mich sehr spannend war. Da habe ich mich dazu entschieden, weiter und gerade jetzt aktiv zu sein, weil meine Ideale nicht verloren gegangen sind. Ganz im Gegenteil: Ich möchte etwas bewegen, mit Menschen zusammen etwas tun.

Welche Themen liegen dir besonders am Herzen?

Das hat mit den Bereichen zu tun, in denen ich tätig bin;

Gesundheit, Soziales, Jugendhilfe und Sport. Das sind Themen, die ganz viel mit Menschen zu tun haben. Dabei bewegt mich vor allem die Chancengleichheit für alle Menschen in dieser Stadt.

Dazu gehört es, die Vereine zu stärken, Projekte zur Gleichstellung von Frauen und Menschen anderen Geschlechts oder für Menschen mit Behinderung zu unterstützen. Aber auch die Bedürfnisse der Jugend und die Integration ausländischer Mitbürger*innen liegen mir am Herzen.

Was bedeutet dir 100 Jahre Wahlrecht für Frauen?

Allein schon die Tatsache, dass ich als Frau diese Ehrenämter ausfüllen kann, ist etwas, was wir heute würdigen können, obwohl es scheinbar schon etwas Selbstverständliches geworden ist. Aber es ist eben noch nicht selbstverständlich, dass Frauen heute gleichgestellt sind. Es gibt in unserem, aber auch in anderen Ländern noch viel zu tun, damit Frauen wirklich auf dem gleichen Stand wie Männer sind. Zum Beispiel ist das Wahlrecht noch nicht überall vorhanden, Professorinnen sind an den Unis unterrepräsentiert und vieles mehr.

Was muss noch geschehen, damit mehr Frauen in die Politik gehen?

Wir müssen Bedingungen schaffen, dass Frauen sagen: Ich traue mir das zu. Ich mache das jetzt. Das geht zum Beispiel über Kinderbetreuung während der Ausschusszeiten, über ein Solidarverhältnis innerhalb der Fraktionen, um beispielsweise Müttern unter die Arme greifen zu können. Auch Quoten sind wichtig, solange es eben noch nicht selbstverständlich ist, dass Frauen und Männer auf einer Stufe stehen und gleich gesehen werden. Damit ist nicht gemeint, dass man Männern, die genauso gut sind, Chancen verwehrt. Es geht um die Anwendung des Prinzips: Gleiche Bedingungen für beide Geschlechter.

Das Interview in voller Länge und alle anderen Podcastfolgen können über Petras Homepage www.petra-sitte.de, Facebookseite oder direkt bei Soundcloud nachgehört werden.

Aus der letzten Stadtratssitzung vom 29.01.2020

Nach einer etwa dreistündigen Debatte wurde der Haushalt der Stadt Halle beschlossen. Herr Geier, Finanzbeigeordneter, betonte in seiner Rede, dass die Verwaltung aus aktuellem Anlass darauf hinweisen muss, dass die Deckungen, die im gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, MitBürger & Die PARTEI und FDP angegeben sind, nicht gegeben sind. Er verwies auf das letzte Jahr, in dem Mehreinnahmen nicht „geflossen“ wären. Er unterbreitete den Fraktionen den Vorschlag, eine Prioritätenliste für die Maßnahmen des Antrages zu beschließen. Bodo Meerheim übte mit klaren Worten Kritik an diesen Äußerungen. Er bezeichnete die Aussagen der Verwaltung bzw. des Oberbürgermeisters dazu als „Märchen und Lügen“, denn durch eine von ihm erarbeitete Tabelle, die sich an Zahlen der Einnahmen im Jahr 2019 orientierte, bewies er, dass durchaus Mehreinnahmen erzielt wurden. Diese sollten für die beschlossenen Änderungen im vergangenen Jahr eingesetzt werden. Auch Frau Dr. Brock, Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die GRÜNEN, kritisierte, dass die im vergangenen Jahr beschlossenen Anträge nicht umgesetzt werden. Auch andere Fraktionsvorsitzende übten in ihren Haushaltsreden Kritik am Handeln der Verwaltung. Die o.g. fünf Fraktionen blieben bei ihrem Änderungsantrag zum Haushalt, der sich dann auch gegen einen Antrag der CDU und den Haushaltsentwurf der Stadtverwaltung durchsetzte. Mit diesem, „unseren“ Antrag, haben wir politische Schwerpunkte umgesetzt: wir haben mehr Geld u.a. für Jugendarbeit und Wohlfahrtsverbände, für Streetwork und Sozialarbeit, für umweltpolitische Projekte u.a.m. eingestellt. Auch eine Deckung, also Gelder, die dafür eingesetzt werden können, haben wir wieder aufgezeigt. Nun werden wir die Einnahmen kontrollieren müssen und die Umsetzung unserer Anträge einfordern!

Auch das Haushaltskonsolidierungskonzept der Stadt Halle (Saale) ist mit einem gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die GRÜNEN, MitBürger & Die PARTEI, SPD und FDP angenommen worden.

Große Kritik machte sich bereits in den Ausschüssen zum „Integrierten kommunalen Klimaschutzkonzept der Stadt Halle“ breit. Vor allem mangelt es im Entwurf an konkreten Maßnahmen zur Umsetzung. Da auch verschiedene Anfragen zum Konzept noch nicht beantwortet wurden, wurde das Konzept durch den Stadtrat noch einmal in die Fachausschüsse zur weiteren Beratung vertagt.

Nach einem langen Weg ist nun endlich auch das IT-Konzept für die kommunalen Schulen einschl. verschiedener Änderungsanträge bestätigt worden.

Das neue städtische Gymnasium hat jetzt einen Namen: Lyonel-Feininger-Gymnasium.

Unser Antrag zur Anschaffung mobiler Fahrradabstellanlagen wurde leider abgelehnt. Gerade am Hauptbahnhof sehen wir nach wie vor Bedarf!

Unser Antrag zur Festsetzung von Parkgebühren, in dem wir den Oberbürgermeister aufforderten, sich bei der Landesregierung für die Veränderung dieser und die dort festgelegten Höchstsätze einzusetzen sowie die Eigenverantwortlichkeit der zuständigen Gemeinden und Kommunen einzufordern, konnten wir als erledigt betrachten, weil die Verwaltung hier schon gehandelt hat! Beschlossen wurde auch unser Antrag zur Umbesetzung von Aufsichtsgremien städtischer Beteiligungsunternehmen. Im Klartext: Katja Müller ist jetzt unsere Vertreterin im Aufsichtsrat der TOOH und Rudenz Schramm vertritt uns in der BeteiligungsManagementAnstalt Halle (BMA).

Der Antrag der AfD-Fraktion zur Auflösung des „Reil 78“ wurde durch diese Fraktion selbst in verschiedene Ausschüsse verwiesen. Wir müssen uns leider in diesen Ausschüssen weiter mit dem Antrag beschäftigen. Für uns ist klar, dass wir gegen diesen Antrag stimmen. Einer Auflösung dieses Projektes werden wir nicht zustimmen.

Einige Anträge haben wir in der Stadtratssitzung nicht mehr geschafft abzuarbeiten. Die nächste Stadtratssitzung im Februar wird zunächst die „Reste“ der Tagesordnung des Januars abarbeiten und dann zur regulären Tagesordnung übergehen.

Ute Haupt

Liebe Genossinnen und Genossen,
im Folgenden findet ihr die geplanten Infostandtermine zum Volksbegehren „Den Mangel beenden!“, welche wir bis Ende Februar in Halle geplant haben.

Falls ihr Interesse habt, uns bei einem oder mehrerer Infoständen zu unterstützen, dann meldet euch einfach entweder per Mail an: jan.roetzschke@dielinke-halle.de oder telefonisch unter der Rufnummer: 0178/3861607.

Die Infostände würden immer dann zustandekommen, wenn wir genügend Genoss*innen sein werden.

Liebe Grüße

Jan Röttschke

(Co-Vorsitzender DIE LINKE Halle (Saale))

Donnerstag, 13.2., 10-12 Uhr, Marktplatz (Höhe Deichmann)
Donnerstag, 13.2., 12-14 Uhr, Neustadt-Center (Ostseite, vor der Treppe)
Donnerstag, 13.2., 16-18 Uhr, Ludwig-Wucherer-Straße (vor dem Edeka)
Freitag, 14.2., 13-17 Uhr, Marktplatz (Höhe Deichmann)
Freitag, 14.2., 17-19 Uhr, Höhe Haupteingang Zoo
Samstag, 15.2., 10-14 Uhr, Ulrichskirche
Samstag, 15.2., 17-19 Uhr, Höhe Haupteingang Zoo
Montag, 17.2., 10-12 Uhr, Marktplatz (Höhe Deichmann)
Montag, 17.2., 16-18 Uhr, Ludwig-Wucherer-Straße (vor dem Edeka)
Dienstag, 18.2., 10-12 Uhr, Vor dem Edeka Bülow in der Silberhöhe
Dienstag, 18.2., 14-16 Uhr, Marktplatz (Höhe Deichmann)
Mittwoch, 19.2., 10-12 Uhr, Reileck (vor der leerstehenden Drogerie)
Mittwoch, 19.2., 14-16 Uhr, Marktplatz (Höhe Deichmann)
Donnerstag, 20.2., 10-12 Uhr, Vor dem Edeka in der Diesterwegstraße
Donnerstag, 20.2., 14-16 Uhr, Marktplatz (Höhe Deichmann)
Freitag, 21.2., 10-12 Uhr, Marktplatz (Höhe Deichmann)
Freitag, 21.2., 12-14 Uhr, Neustadt-Center (Ostseite, vor der Treppe)
Freitag, 21.2., 17-19 Uhr, Höhe Haupteingang Zoo
Samstag, 22.2., 10-14 Uhr, Ulrichskirche
Samstag, 22.2. 10-12 Uhr, Vor dem Edeka Bülow in der Silberhöhe
Samstag, 22.2., 17-19 Uhr, Höhe Haupteingang Zoo
Montag, 24.2., 10-12 Uhr, Ludwig-Wucherer-Straße (vor dem Edeka)
Montag, 24.2., 14-16 Uhr, Marktplatz (Höhe Deichmann)
Dienstag, 25.2., 14-18 Uhr, Vogelweide (vor dem Gagarin-Denkmal)
Dienstag, 25.2., 14-16 Uhr, Marktplatz (Höhe Deichmann)
Mittwoch, 26.2., 10-12 Uhr, Marktplatz (Höhe Deichmann)
Mittwoch, 26.2., 16-18 Uhr, Ludwig-Wucherer-Straße (vor dem Edeka)
Donnerstag, 27.2., 10-12 Uhr, Marktplatz (Höhe Deichmann)
Donnerstag, 27.2., 16-18 Uhr, Ludwig-Wucherer-Straße (vor dem Edeka)
Freitag, 28.2., 10-12 Uhr, Marktplatz (Höhe Deichmann)
Freitag, 28.2., 12-14 Uhr, Neustadt-Center (Ostseite, vor der Treppe)
Freitag, 28.2., 15-17 Uhr, Kreuzung Südstadtring/Paul-Suhr-Straße
Freitag, 28.2., 17-19 Uhr, Höhe Haupteingang Zoo
Samstag, 29.2., 10-14 Uhr, Ulrichskirche
Samstag, 29.2., 17-19 Uhr, Höhe Haupteingang Zoo

In Berlin und (H)alle dabei - My body, my organs

My body, my choice - eine Parole, die wir bisher vor allem aus der Frauenbewegung kennen, und für das körperliche Selbstbestimmungsrecht der Frau steht, vor allem bei Themen wie Schwangerschaftsabbrüchen. Hierbei geht es darum, dass Frauen ihr Recht über ihren Körper einfordern. Sie wollen selbst entscheiden, was mit ihren Körpern geschieht, ob sie eine Schwangerschaft austragen wollen oder eben nicht. Rückwärtsgewandte Menschen möchten nämlich gern darüber bestimmen, was Frauen mit ihren Körpern zu tun und zu lassen haben - zu deren Lebzeiten, unter Akzeptanz gesundheitlicher und seelischer Risiken sowie ohne die Möglichkeit eines Widerspruchs.

My body, my choice liest man nun aber auch immer öfter in den sozialen Netzwerken in Verbindung mit einem ganz anders gelagerten Thema. Circa 9500 Menschen warten in Deutschland auf eine lebensrettende Organspende. Bisher konnten sich Menschen aktiv als Organspender*innen registrieren lassen, indem sie einen kleinen Ausweis ausfüllten und bei sich trugen. Leider gibt es von jenen Menschen aber noch viel zu wenig - nämlich etwa 40 % der deutschen Bevölkerung. Das wird wohl auch so bleiben, denn unlängst entschied der Deutsche Bundestag, dass es keine grundlegende Neuerung im Organspendegesetz geben wird.

Debattiert wurde nämlich auch über eine Widerspruchsregelung, bei der alle in Deutschland lebenden Menschen als Organspender*innen gelten, sofern sie nicht aktiv widersprechen. Bei dieser Idee gab es, wie immer bei bioethischen Themen, hochemotionale Diskussionen. Eine Seite bestand darauf My body, my choice zu vertreten. Man wähnt sich als „Ersatzteillager“ und fühlt sich in Persönlichkeitsrechten gestört. Feminist*innen können darüber nur müde lächeln, denn es wird zwar eine Entscheidung abgefordert, aber sie wird den Menschen nicht genommen, wie es bei beispielsweise Schwangerschaftsabbrüchen über Verbote versucht wird. Stattdessen kann man sich souverän entscheiden und widersprechen, ohne Begründung frühere Entscheidungen zurücknehmen und man muss sich auch nicht zwingend registrieren lassen. Auch weiterhin reicht ein Ausweis oder etwas Schriftliches. Der Aktivpart bleibt bei jedem bzw. jeder. So wie vorher aktiv zugestimmt werden musste, wäre bei der Widerspruchsregelung aktiv abzulehnen.

Es handelt sich bei der Widerspruchslösung um einen perspektivischen Wechsel mit weitreichenden Folgen, nicht für Organspender*innen, sondern für schwerkranke Menschen, da hier das Recht der Lebenden über das Recht der Toten gestellt wird. Das scheint so manchen bitter aufzustoßen, wobei dies nicht die Mehrheit sein kann, da 80 % der Deutschen eine positive Einstellung zur Organspende haben.

Im vergangenen Jahr hat der Bundestag ein Gesetz beschlossen, wonach für das gesamte Transplantationsgeschehen mehr Personal, mehr Mittel und bessere Strukturen bereitgestellt werden. Das haben andere Länder auch getan. Manche vor Einführung der Widerspruchsregelung manche danach. Daher sollte nach dieser gesetzlichen Änderung auch in Deutschland die Widerspruchsregelung eingeführt werden. Alle Faktoren, die zu einer Steigerung der Organspenden führen könnten, sollten verbessert werden.

Deutschland ist Mitglied im Verbund von Euro-transplant. Acht Länder arbeiten dort zusammen. Von diesen haben sieben die Widerspruchsregelung. Deutschland bekommt mehr Organe aus den anderen Ländern, als es an diese abgibt. Dabei wird allerdings die Widerspruchsregelung dieser Länder nicht in Frage gestellt.

Zudem werden derzeit mehr Organe bei Menschen entnommen, die zeit ihres Lebens nicht zugestimmt haben. Diese Entscheidung müssen daher ihre Angehörigen in einer emotional hochbelastenden Situation, nach dem Verlust ihres bzw. ihrer Angehörigen fällen. Sie fühlen sich nicht selten vollkommen überfordert. Mit der Widerspruchsregelung wäre Angehörigen diese Situation erspart geblieben.

Schließlich noch ein paar Fakten von der Organspende-Info: Organe können erst nach Eintritt eines Hirntodes entnommen werden. Der Mensch ist also bereits gestorben und benötigt dann im Idealfall seine Organe nicht mehr, im Gegensatz zu jenen, die durch eine Spende weiterleben dürften. Eine Organspende geht - ohne Widerspruchsregelung - nur unter Zustimmung der Spenderin* / des Spenders*, niemals ohne. Es gibt auch eine Lebendorganspende. Hierbei können in Deutschland Nieren und Teile der Leber vom lebenden Menschen gespendet werden, da sich Letztere regenerieren kann und ein Mensch auch mit nur einer Niere lebensfähig ist. Hier herrschen sehr stren-

ge Regeln. Die Spendenden müssen volljährig sein, freiwillig eingewilligt haben und gesundheitlich überhaupt für eine solche Spende in der Lage sein, was zuvor geprüft wird.

Die ganze Debatte um die Widerspruchslösung hat zumindest dafür gesorgt, dass sich die Gesellschaft einmal ernsthafter mit dieser Thematik beschäftigt. Bei all dem sollte sich jede*r fragen: Was wäre, wenn ich

oder ein mir nahestehender Mensch auf einmal auf eine Organspende angewiesen wäre, um weiterleben zu dürfen? Vielleicht hilft es ja egoistisch zu denken, denn wir alle würden im Ernstfall von einer Widerspruchslösung und Organspende profitieren.

Mehr Informationen zur Organspende finden sich unter: www.organspende-info.de

Vortrag und Diskussion: „Bernie schlägt Trump?“

26.02.2020 18:30 Uhr Linker Laden (Leitergasse 4)

Während in Europa die Rechte im Aufmarsch zu sein scheint und die gesellschaftliche Linke eher desorientiert wirkt, flimmert in den Vereinigten Staaten ein bisschen Hoffnung: Bernie Sanders und sein unglaublicher Kampf, der nächste Präsident des Landes zu werden. In einem Land wo vor wenigen Jahren der moderate Barack Obama als „Sozialist“ denunziert wurde schafft es nun der 78-jährige Sanders aus der beschaulichen Provinz Vermont, den Sozialismus nicht nur wieder hoffähig sondern wahnsinnig populär zu machen. Und das, während im Weißen Haus einer der gefährlichsten und reaktionärsten Staatsmänner seit langem sitzt: Donald J. Trump. Doch wie sieht es hinter dem Hype aus? Wie sozialdemokratisch ist Sanders' Sozialismus, und hat er wirklich eine Chance zu gewinnen? Als Ortsverband Mitte haben wir dazu Loren Balhorn (Redakteur, Jacobin Magazin) eingeladen um mehr zu erfahren über den Wahlkampf, Sozialismus a la Sanders, und was es alles zu bedeuten hat für die USA, Europa, und die Welt. Ihr seid herzlich eingeladen, mit uns und unserem Referenten zu diskutieren.

Termine Termine Termine

- * 21. Februar, 18:30 Uhr Linker Laden: Offener Abend (Ideensammlung für Aktionen und Kampagnen)
- * 26. Februar, 18:00 Uhr, Treffen der BO Halle-Ost im Büschdorfer Hof (Delitzscher Straße 153).
Petra Sitte kommt zu Besuch
- * 26. Februar, 17:00 Uhr, Treffen des Ortsverbandes Nord im Linken Laden
- * 06. März, 18:30 Uhr, Linker Laden: Offener Abend (Kampagnen-Abend mit der LINKEN zum Basteln von Transparenten, Buttons etc. für das Volksbegehren gegen den Lehrermangel u.a.)
- * 08. März, 10:00 Uhr: Frauentags-Frühstück im Wahlkreisbüro Querfurt (Nebraer Str. 18) gemeinsam mit dem Ortsverband DIE LINKE. Querfurt
- * 09. März, 10:00 Uhr: Frauentags-Frühstück im Wahlkreisbüro Merseburg (Burgstr. 9) gemeinsam mit dem Ortsverband DIE LINKE. Merseburg
- * 09. März, 11:00 Uhr Gedenken an Martha Brautzsch auf dem Südfriedhof
- * 11. März, 18:30 Uhr Linker Laden: Offener Abend (Filmabend)
- * 13. März, 15:00 Uhr, Gedenken an den Blutfreitag
- * 17. März 18:00 Uhr, Treffen des Ortsverbandes Mitte im Linken Laden (Auswertung der Erfahrungen mit den Offenen Abenden, wie weiter mit dem Ortsverband, Weg zu den Wahlen 2021)
- * 18. März, 17:00 Uhr, Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Süd im Gesundheitszentrum Silberhöhe mit Petra Sitte
- * 25. März, 14:30 Uhr, Seniorencafé im Linken Laden
- * 25. März, 18:30 Uhr Linker Laden: Offener Abend
- * 03. April 18:30 Uhr Linker Laden: Offener Abend
- * 08. Mai, 18:00 Uhr: Lesung Wolfram Adolphis aus seinem neuen Band 3 der Hartenstein-Trilogie in Merseburg

Post von Lene

Hallo, liebe Linke,
jetzt muss ich erstmal meine Empörung drüber loswerden, dass die VVN -BdA durch das Finanzamt von Berlin immer noch damit bedroht ist, dass ihr die Gemeinnützigkeit aberkannt wird.

Wie bescheuert sind die eigentlich, wo doch jeder sehen kann, wie sich überall die neuen Nazis zusammenrotten und auf Menschen (nicht mehr nur Linke) losgehen. Da wollte ein Neonazi in unserer Stadt Halle Menschen mit jüdischem Glauben einfach abknallen. Und als das nicht klappte, weil er das Tor zu ihrer Kirche, Synagoge genannt, nicht aufbekam, hat er einfach zwei andere Menschen erschossen und auf seinem Fluchtweg noch andere Menschen schwer verletzt. Da werden neuerdings Scheiben von Politikerbüros eingeschlagen, ihre Türen beschmiert und Drohbotschaften an sie verschickt. Menschen mit anderer Hautfarbe werden als Minderwertige beschimpft. Meine Großeltern sagten mir, dass sie das an die Zeit erinnert, als die Nazis in Deutschland an die Macht gekommen waren. So kann das einfach nicht weitergehen, finde ich. Alle, die das nicht wollen, müssen jetzt irgendwie zusammenhalten und versuchen, gemeinsam was dagegen zu tun.

Im Mai vor 75 Jahren war der furchtbare 2. Weltkrieg, in dem Nazideutschland so unendlich viel Leid über Millionen Menschen gebracht hat, zu Ende. Soll das jetzt wieder losgehen?

Ich finde es schlimm genug, dass auch Deutschland dabei ist, wenn Waffen, Panzer und Munition und auch Soldaten in Länder geschickt werden, in denen es Krieg gibt. Eine Schande, finde ich! Ich habe viel über das in der ganzen Welt bekannte Schicksal der Familie von Anne Frank gelesen, die mit ihrer Schwe-

ster im KZ Bergen-Belsen elendig umgekommen ist. Jetzt soll es schon Gruppen von Jugendlichen geben, die bei Führungen lachen können und meinen, dass sie das gar nichts mehr angeht, weil das ja alles schon so lange her ist.

Wie kann man nur so gleichgültig und herzlos sein, frage ich mich. Liegt das am Geschichtsunterricht? Werden da nur einfach Zahlen genannt? Wer kann sich vorstellen, wie Millionen Menschen in Gaskammern wie in Auschwitz ermordet und verbrannt wurden?

Es gibt nur noch wenige Menschen, die diese Grauen in den KZ überlebt haben und zu uns darüber sprechen können. Aber, was sie darüber aufgeschrieben haben, müsste im Unterricht eine Rolle spielen.

Meine Großeltern haben mir vor kurzem etwas über eine Stadt erzählt, die damals Leningrad (heute Petersburg) hieß. Ich war anschließend fix und fertig. Drei Jahre lang (1941 - 44) wurden die Bewohner dieser Großstadt, nachdem die Nazitruppen die Stadt bombardiert hatten, völlig von der Außenwelt abgeriegelt. Über 16 000 Bewohner - Männer, Frauen, Kinder starben allein bei den Bombenangriffen. 66 200 ! Brandbomben, 3499 Sprengbomben zerstörten ganze Wohnviertel, darunter auch das Lebensmittellager. Um sich vor dem Verhungern zu retten, wurden sogar Katzen, Hunde, Ratten und Mäuse gegessen. Schnee wurde aufgetaut, um Wasser zu bekommen. Die Stadt sollte, so der Befehl durch die Naziobrigkeit, ausgehungert werden. Über eine Million Menschen dieser Stadt starben an Hunger und Kälte. Das Ziel der Nazis war, die Stadt durch Einschließung auszuhungern.

Waren das überhaupt noch Menschen, die sich so etwas ausdachten und durchsetzten?

Nein! Das waren Unmenschen!

So etwas darf nie wieder geschehen,

Ich denke, wir müssen viel mehr als bisher darüber sprechen, was damals geschehen konnte und warum. Mein Opa sagt dazu: „Wehret den Anfängen!“

Das können wir nur dann erreichen, wenn wir alle zusammenhalten, wenn es gegen das Neonazitum in unserem Land geht.

Tschüss

Eure Lene



Danke!

Hiermit möchten wir uns als Stadtvorstand bei allen bedanken, die uns zu unserem Alternativen Neujahrsempfang tatkräftig unterstützt haben. Es war eine sehr gute Vorbereitung und ab Vormittag dann jede Menge Helfer*innen an allen Stellen, egal ob Grill, Getränke, Unterschriften sammeln, Fotos machen oder einfach zuhören und miteinander reden...

Danke an euch alle!

Der Rechtsruck hat eine neue Heimat: CDU Halle

In der CDU sind bundesweit im Moment vergleichsweise offene Flügelkämpfe zu beobachten. Was häufig hinter Personalfragen versteckt oder intern geregelt wird, ist jetzt immer wieder Gegenstand der öffentlichen Auseinandersetzung. Was erst einmal nicht schlecht ist, zeigt in der gegenwärtigen CDU aber ein Aufbrechen von Verrohung und Hass - vor allem innerhalb der christdemokratischen Reihen selbst. Schuld daran haben weder die Spitzenpolitiker*innen noch die Regierungsbeteiligungen, vielmehr hat sich mit der gesamten rechten Szene nun eine Gruppe innerhalb von CDU/CSU aufgebaut, die sich „WerteUnion“ nennt und die CDU zur Übernahme ihrer extrem rechten Positionen zwingen will.

Das Neue daran ist nicht, dass es auch rechte Menschenfeind*innen innerhalb konservativer Strukturen gibt. Das war schon immer so, wie man am Beispiel der Berufsvertriebenen und Ex-CDUlerin Erika Steinbach sieht. Neu ist vor allem wie offen rechtsextrem die WerteUnion gegen die eigene Partei mobilisiert. So konnte nicht einmal der Mord an Walter Lübcke Prof. Max Otte von den „Wertkonservativen“ davon abhalten, eine Hetzjagd auf die rechte Szene zu beklagen. Das passt auch zu Ottos realen Agieren: Denn obwohl er sich zur CDU bekennt, arbeitet er praktisch innerhalb von AfD-Strukturen wie der Desiderius-Erasmus-Stiftung. Als sich mit Peter Tauber dann doch ein hochrangiger CDUler deshalb gegen ihn und die WerteUnion gewandt hat, bekam er prompt den Vorwurf ab, er instrumentalisere das Verbrechen, in dem er auf den nazistischen Hintergrund verweise.

Vor allem besorgt um seine rechten Kameraden ist auch Werner Patzelt. Der zum Glück inzwischen emeritierte Professor aus Dresden ist ebenfalls Mitglied der WerteUnion und hat sich bereits als Verteidiger der Pegida-Demonstrationen, als Abschottungsfan und als Gast rechtsextremer Burschenschaften einen Namen gemacht. Auch er bekennt sich zur CDU, versucht aber der extremen Rechten den Boden zu bereiten und wirbt dementsprechend immer, wenn er von unseriösen Journalist*innen gefragt wird, um Verständnis für jede noch so krude „Merkel muss weg“-Demo.

All diese Personen stehen beispielhaft für die Politik der WerteUnion: Einerseits auf alle demokratischen

CDUler*innen einschließen und sie ihrem offen rechtsextremen Mob vorwerfen - andererseits sich als verfolgte Minderheit gerieren und das „neurechte“ Opfernarrativ bedienen. Am Besten kann das mit Hans-Georg Maaßen die unbestrittene Führungsfigur der WerteUnion. Seit er unter besten finanziellen Konditionen gefeuert wurde, gilt er ihnen als Märtyrer und wird zum Opfer der Merkel-Diktatur verklärt. Ignoriert wird dabei, dass er mit seinen Aussagen gegen Geflüchtete, für Abschottung, zur Verteidigung randalierender Nazis in Chemnitz, zur Verharmlosung des rechten Terrors und für die Etablierung der AfD vor allem die Regierungspolitik von Angela Merkel erodieren wollte.

Trotzdem lässt man ihn in der CDU gewähren, als hätte es den Mord an Walter Lübcke nicht gegeben. Als würde er den demokratischen Parteimitgliedern nicht mit jedem Satz in den Rücken fallen. Und schlimmer noch: Die CDU Halle, die CDU Saalekreis und der Bundestagsabgeordnete Christoph Bernstiel laden ihn am 22. Januar sogar ein. Er soll allgemein über Politik reden, d.h. er wird ausführen, wie sehr das Land unter einer halbwegs demokratischen CDU leidet. Dabei wird man ihm in Halle gerne zuhören: Trotz Anschlag in Halle und Lübcke-Mord in Kassel geht man in der CDU Sachsen-Anhalts den Weg nach rechts nämlich im Wesentlichen mit. Nach #Möritz und #Wendt ist #Maaßen nur der dritte kalkulierte Skandal, der die rechten CDUler*innen weiter aus dem Weg des demokratischen Spektrums begleitet.

SDS Halle

Wer kann unterstützen?

Am Montag dem 9. März wollen wir zum diesjährigen Internationalen Frauentag wieder Nelken verteilen.

Wir möchten gern auf der Silberhöhe, in der Südstadt (von 12:00-14:00 Uhr) und in Halle-Neustadt (von 10:00-12:00 Uhr) den Frauen eine Freude bereiten und auf die Wichtigkeit des Frauentages aufmerksam machen.

Bitte meldet euch im Linken Laden oder unter info@dielinke-halle.de

Der Sozialstaatsdialog läuft

Bericht von der Veranstaltung am 21.01.2020 im Casino des Neuen Theaters in Halle

Bereits im Juni 2019 haben einige Mitglieder der Landtagsfraktion und des Landesvorstands der LINKEN in Sachsen-Anhalt ein Papier mit dem Titel „Angebot für einen Sozialstaatsdialog in Sachsen-Anhalt“ herausgegeben. Was etwas sperrig klingt, hat jedoch den Anspruch, das Land zu verändern. So lotet das Papier nicht nur - die in der LINKEN inzwischen üblichen - Möglichkeiten Rot-Rot-Grüner Zusammenarbeit hinsichtlich einer Regierungsbeteiligung ab 2021 aus, sondern stellt auch weitergehende strategische Fragen: Wie gelingt es den fortschrittlichen Kräften - oder solchen, die es noch werden könnten - endlich wieder eine eigene Agenda zu setzen? Wie schaffen wir es, dass nach Jahren von Sozialstaatsabbau und rechtsextremer Hetze wieder über die notwendigen Bedingungen eines sozialen Miteinanders diskutiert wird?

Wie schafft DIE LINKE es, eine soziale Offensive zu starten?

Um diesen Fragen näher zu kommen, sind in dem Papier eine Reihe von Angeboten enthalten, die auf Einladung des Ortsverband Mitte am 21.01.2020 von den Mit-Autor*innen Janina Böttger (Landesvorstand) und Thomas Lippmann (Landtagsfraktion) vorgestellt wurden. Sie machten deutlich, dass das Papier bewusst als Angebot an mögliche Partner*innen zu verstehen ist und schlugen den Genoss*innen vor, sich für die einzelnen Themenschwerpunkte gemeinsam mit Verbündeten für Verbesserungen stark zu machen (bspw. in der Pflege, bei der Rente oder bei prekärer Beschäftigung).

Nach der Vorstellung wurde vor allem zu folgenden Punkten diskutiert: zunächst über die Schwerpunktsetzung - sollte man den Klimawandel als soziale und ökologische Frage schon im Titel berücksichtigen? Es wurde darauf verwiesen, dass ökologische Themen natürlich bei jedem Sozialstaat, wie wir ihn uns wünschen, berücksichtigt werden müssen. Es sei aber richtig, den Sozialstaat an sich in den Mittelpunkt zu stellen, weil dieser in den Diskussionen kaum berück-

sichtigt werde.

Angemerkt wurde ebenfalls, dass das Papier noch keine Hinweise auf die Finanzierung der verschiedenen Projekte enthält.

Hierzu verwies Thomas Lippmann darauf, dass DIE LINKE bereits Deckungsvorschläge erarbeitet hat, diese allerdings von konservativen Haushaltspolitikern*innen beständig ignoriert werden. Tatsächlich ist das Geld da. Man muss es über eine progressive Steuerpolitik nur einer sinnvollen Verwendung zuführen oder das bereits vorhandene Geld sinnvoll nutzen, welches die Landesregierung aber aus offensichtlich ideologischen Gründen zurückhält.

Es gibt also viel zu tun für eine Politik, die es mit dem Sozialstaat und der Verbesserung der Lebensbedingungen in Sachsen-Anhalt ernst meint. Diejenigen, die das tun, müssen aber jetzt schon über gemeinsame Projekte sprechen.

Auf der Ebene der Parteien müssen LINKE, Grüne und SPD ein Zukunftsprojekt gegen das drohende Schwarz-Blau-Bündnis setzen. Insgesamt wird das aber nicht ohne die Betroffenen gehen: Deshalb sollten wir nun gemeinsam mit Pflegebündnissen, streikenden Arbeiter*innen oder leidenden Kommunen über gemeinsame Hoffnungen und konkreten Ziele sprechen. Abschließend wurde aus der Runde der Wunsch geäußert, dass die Diskussion zu diesem Papier bzw. den dahinter stehenden Projekten keine „Eintagsfliege“ bleiben sollte, sondern regelmäßig - z.B. alle 2 Monate - stattfinden sollte.

Lukas und Viola



in Kassel

<https://strategiedebatte.die-linke.de>

+ + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus der Landtagsitzung vom 30./31.01.2020

#aktuell debattiert

Medienvielfalt für demokratische Willensbildung unverzichtbar

Am 15. Januar dieses Jahres wurde bekannt, dass die Mediengruppe der Mitteldeutschen Zeitung an die Bauer Media Group verkauft wird. Dieser gehört bereits die Volksstimme im nördlichen und mittleren Sachsen-Anhalt mit 18 Lokalausgaben. Hinzu kommt nun die größte Regionalzeitung im Süden mit 17 Lokalausgaben. Einziger weiterer Wettbewerber auf dem regionalen Zeitungsmarkt ist künftig die Altmark Zeitung. Damit hat die Bauer Media Group das Monopol im Land. Der medienpolitische Sprecher Stefan Gebhardt sieht in diesem Verlust gesunder Konkurrenz ganz klar auch eine Gefahr für die vielfältige journalistische Berichterstattung. „Medienvielfalt und damit auch publizistische Vielfalt ist in einer demokratischen Gesellschaft nicht nur wünschenswert sondern unbedingt schützenswert.“, sagte er. Daher forderte er, dass die publizistische Unabhängigkeit beider Zeitungen unbedingt gewahrt bleiben müsse.

#Kommunen

Unterstützung der Kommunen durch das Land

Die kommunalen Haushalte haben sich in den vergangenen Jahren teils positiv teils negativ entwickelt. In der Summe die Landkreise, kreisfreien Städte und kreisangehörigen Gemeinden einen positiven Finanzierungssaldo auf und es konnten in der Gesamtsumme auch die Liquiditätskredite zurückgeführt werden. Eine Einzelbetrachtung relativiert dieses Ergebnis jedoch erheblich. Es gibt enorme Schieflagen bei der Binnenverteilung der Finanzausstattung. Deshalb hat die Fraktion DIE LINKE beantragt, den Erlass des Ministeriums der Finanzen vom 21.03.2018 „Zuweisungen aus dem Ausgleichsstock § 17 Finanzausgleichsgesetz“ so zu überarbeiten, dass künftig auch Landkreise Mittel für Bedarfszuweisungen und Liquiditätshilfen erhalten können. Außerdem fordert sie, die Regelungen des Kommunalverfassungsgesetzes und die Verordnungs- und Erlasslage dahingehend zu überarbeiten, dass die Regelungen zur Haushalts-

konsolidierung zunächst nur das strukturelle Defizit und die in den vergangenen drei Jahren aufgelaufenen Fehlbeträge umfassen. Der finanzpolitische Sprecher Swen Knöchel sprach sich dafür aus, für Altfehlbeträge gesonderte, langfristig wirkende Regelungen zu schaffen, die auch Konsolidierungshilfen des Landes und Umschuldungsregeln umfassen. Zudem solle die Landesregierung die Überlegungen des Bundes zu Hilfsprogrammen der von hohen Altfehlbeträgen betroffenen Kommunen unterstützen und auch über eigene Programme für die Umschuldung und Rückführung von Liquiditätskrediten hoch verschuldeter Kommunen abzielen.

#Kultur

Gemeinsame Landesausstellung zum 500. Jahrestag des Deutschen Bauernkrieges

Die Fraktion DIE LINKE setzt sich mit ihrem Antrag für eine mit dem Freistaat Thüringen organisierte gemeinsame Landesausstellung zum 500. Jahrestag des Deutschen Bauernkrieges im Jahr 2024/2025 ein. Dabei soll der Fokus insbesondere auf das Wirken Thomas Müntzers im Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalts und die im Land liegenden authentischen Müntzer-Orte, vor allem Allstedt und Stolberg, gelegt werden. Die intensiven Bemühungen der im Landkreis Mansfeld-Südharz ansässigen Vor-Ort-Initiative „AK Reformationsjubiläum“ sollen bei der Gestaltung berücksichtigt werden.

Der tourismus- und religionspolitische Sprecher Wulf Gallert sieht mit einer gemeinsamen Landesausstellung die Möglichkeit der Fortentwicklung der vielfältigen Betätigungen des Landes zur Reformationsdekade weit über 2017 hinaus.

Dies gäbe dem Reformationsjubiläum eine Nachhaltigkeit, die von einigen Akteuren vermisst wird. Im nördlichen Thüringen und im Landkreis Mansfeld-Südharz herrscht die Einschätzung vor, dass die touristische Entwicklung hinter den vorhandenen Potentialen zurückbleibt. Die Fraktion DIE LINKE sieht daher eine gemeinsame Landesausstellung auch als eine Förderung von Kulturtourismus im Südwesten des Landes Sachsen-Anhalt.

#Umwelt

Die Fraktion DIE LINKE verweist in ihrem Antrag vom April 2019 auf den alarmierenden Verlust an biologischer Vielfalt in der Kultur- und offenen Agrarlandschaft. Die Landesregierung soll daher unter anderem die Flächenversiegelung im Sinne einer nachhaltigen Landschaftsentwicklung minimieren, die Mahdverpflichtung für Greeningflächen streichen und diese als Dauergrünland erhalten und fördern sowie räumliche und funktionale Biotopverbunde schaffen. Nach Beratung im Ausschuss für Umwelt und Energie empfiehlt dieser eine Beschlussempfehlung, die der umweltpolitische Sprecher Hendrik Lange mit folgenden Worten kritisierte: „Leider bleibt die Beschlussempfehlung weit hinter den hohen Ansprüchen zurück, die eine Koalition unter grüner Beteiligung haben müsste. Festzustellen, dass die Regierung einfach so weitermachen soll wie bisher, meine Damen und Herren, ist einfach nur unterambitioniert.“ Deshalb forderte er das Plenum auf: „Lassen Sie uns also bitte beherzter unsere öffentliche Aufgabe zur Förderung der Biodiversität erfüllen und machen wir Sachsen-Anhalt im besten Sinne zu einer blühenden Landschaft.“ Die Fraktion DIE LINKE einen Änderungsantrag zur Beschlussempfehlung eingebracht, der diesen Forderungen eher gerecht wird. Dieser wurde vom Plenum abgelehnt.

#Parlamentsreform

Gesetz zur Parlamentsreform 2020 eingebracht
Die Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE legen den gemeinsamen Entwurf eines Gesetzes zur Parlamentsreform 2020 vor. Darin soll unter anderem das Quorum zur Einleitung eines Volksbegehrens von 9 % auf 7 % gesenkt und die Wahl des Landesbeauftragten für den Datenschutz erleichtert werden. Der parlamentarische Geschäftsführer Stefan Gebhardt sagte in der Debatte dazu: „Wir geben uns mit der Reform eine Reihe von neuen Staatszielen in einer Zeit, in der beim Klimaschutz, bei der Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse und der Bekämpfung von Rechtsextremismus neue Maßstäbe an unser Handeln gestellt werden.“ Die Fraktion DIE LINKE hätte sich durch-

aus noch weitere Änderungen gewünscht, z. B. beim Thema Parité. Auch die Schuldenbremse sehen wir eher kritisch, wenngleich mit der neuen Formulierung im Gesetz mehr Handlungsspielraum bestehe. Insgesamt gäbe es keinen Anlass für Selbstzufriedenheit. „Denn das Papier der Verfassung mag geduldig sein, die Bürger*innen sind es immer weniger,“ so Stefan Gebhardt in seiner Rede.

#Friedenspolitik

Verurteilung der völkerrechtswidrigen militärischen Invasion in Syrien

Im Oktober 2019 hatte die Fraktion DIE LINKE einen Antrag auf Verurteilung der militärischen Invasion des NATO-Partners Türkei in Nordsyrien in den Landtag eingebracht (Der Landtagsticker berichtete). Auch die AfD-Fraktion stellte einen Antrag zur Thematik. Nach Beratung im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien empfahl dieser dem Landtag, die Anträge in folgender Fassung anzunehmen: „Der Landtag von Sachsen-Anhalt verurteilt den völkerrechtswidrigen Militäreinsatz der Türkei in Nordsyrien, der zu großem humanitären Leid geführt hat und die Stabilität der Region beeinträchtigt. Der Landtag von Sachsen-Anhalt begrüßt alle diplomatischen Aktivitäten zur Beendigung der Krise.“ In seiner Rede hob der Sprecher für Europapolitik und Internationales Zusammenarbeit Wulf Gallert hervor: „Es ist offensichtlich das erste Mal, zumindest seit sehr langer Zeit, dass der Landtag eine eindeutige Positionierung in einer solchen internationalen Frage abgibt. Das ist ein Fortschritt.“ Zugleich kritisierte er: „Nur - das ist jetzt das Problem - was folgt daraus? Was folgt daraus, dass wir hier feststellen, dass das eine völkerrechtswidrige Invasion der Türkei in Nordsyrien ist? Offensichtlich - das ist das Dilemma, in dem wir uns in diesem Landtag befinden - soll daraus gar nichts folgen.“ Und weiter: „Diese abgestimmte Ignoranz der Konsequenzen unter den europäischen Partnern, unter den NATO-Partnern, also inklusive der USA, ist letztlich nichts anderes als die stillschweigende Legitimation eines Völkerrechtsbruches. Deswegen verlangt es Konsequenzen. Deswegen stellen wir hier einen Änderungsantrag.“ Dieser wurde abgelehnt, die Beschlussempfehlung mehrheitlich angenommen.

Erstellt von Kerstin Eisenreich (MdL), 31. Januar 2020. Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzung im Januar 2020 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: www.dielinke-fraktion-lsa.de.

Auch auf Facebook und Twitter können die Debatten verfolgt werden.



Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat
Februar Geburtstag haben.



Leserbrief

Gründung eines Waldbeirates.

Über die Gründung eines Waldbeirates (Linkes Blatt Dez 2019) habe ich als Naturliebhaber mich natürlich sehr gefreut, auch das man sich für Halle einen gesunden Wald wünscht.

Was ich aber andererseits nicht verstehen kann, ist, dass man stolz darüber berichtet, aber gleichzeitig begrüßt, dass der HFC auf der Silberhöhe-Waldstadt ein Trainingszentrum von 86.000 qm errichten will.

Dafür sollen dann gleich 80 Bäume abgeholzt werden, auch damit die Sportler genügend Parkplätze zur Verfügung haben. Bäume, die kräftig genug waren, die Hitze und Trockenheit zu überstehen und Vögeln und anderen Tieren Lebensraum bieten. Ist das nicht so wichtig wie Parkplätze? Noch dazu, wo der ÖPNV gute Anbindungen mit Bus, Bahn und S-Bahn in der Nähe bietet. Die Neuanpflanzung von einigen Bäumchen ist kein Ersatz. Da braucht man sich nur die Europa-Chaussee anzusehen. Es ist ebenso nicht zu verstehen, warum in der Waldstadt für den Neubau einer Kita wieder Natur geopfert werden soll. Die Kita ist dringend notwendig, soviel steht fest. Doch nur wenige Meter weiter in der Straße steht das ehemalige Polizeigebäude leer. Fenster und Türen sind zum Teil neu und alles schon eingezäunt und genügend Platz also auch für neue Hortplätze, die auch gebraucht werden. Genügend Platz zum Spielen und Toben.

Aber das alles überlässt man dem Vandalismus. Was soll aus diesem Gebäude (und auch anderen) werden? Eine Grabungsstätte für Archäologen ist später Zukunft? Für das Klima auf die Straße zu gehen allein

reicht nicht; Handeln ist gefragt.

Übrigens den Namenszusatz „Waldstadt“ für die Silberhöhe kann man auch bald streichen, wenn das so weitergeht wie bisher. Der Waldbeirat hat also genug zu tun, um den Wald zu erhalten!

Sabine Tahar



PREISSKAT

in Halle

am Freitag,
dem 28. Februar 2020

Beginn: 14 Uhr **Ende: gegen 18 Uhr**

Begegnungsstätte der Volkssolidarität Saaleufer,
Böllberger Weg 150,
Der Einsatz beträgt 5,00 Euro. Jeder erhält einen Preis.

Gespielt werden 2 Runden: 36 Spiele am Vierertisch und 27 Spiele am Dreiertisch und nach der Skatordnung des Deutschen Skatverbandes e.V.

Die Auslosung erfolgt gegen 14:10 Uhr.

JETZT!

Mitmachen!

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
DIE LINKE Saalekreis
Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Anja Krimmling-Schoeffler/
Jan Röttschke (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 600 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
06.02.2020
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 05.03.2020

15. Merseburger



DEFA Filmtage

06.-08.03.

**„Filmkulisse
Mitteldeutschland“**



Domstadtkino Merseburg • König-Heinrich-Str. 7 • 06217 Merseburg

Dienstag, 3. März 2020

19:00 Uhr **Vermittlung im Kunsthaus Tiefer Keller**
„Ergebnisse der Merseburger Kulturgespräche“

Freitag, 6. März 2020

13:30 Uhr **„Nicht schummeln, Liebling“**

Gast: Dorit Gäbler
Moderation: Marie Müller-Zetzsche

14:45 Uhr **„Die Geschichte von der Gänseprinzessin und ihrem treuen Pferd Fallada“**

15:30 Uhr **Lesung Christoph Hein „Gegenlauschangriff – Anekdoten aus dem letzten deutsch-deutschen Kriege“**

Moderation: Halina Czizkowsky

17:30 Uhr **Sektempfang im Domstadtkino Merseburg**
Musikalische Begleitung/Umrahmung: Salon Pernod

18:30 Uhr **Eröffnung der 15. Merseburger DEFA-Filmtage**
Schirmherrschaft: Landrat Hartmut Handschak
„Der Tangospieler“

Gäste: Christoph Hein, Michael Gwisdek
Moderation: Knut Elstermann

★★★★★
VERANSTALTER

Förderverein Kino Völkerfreundschaft e.V.
Verantwortlich: Dr. Halina Czizkowsky

www.filmtage-merseburg.de



➤ **Veranstaltungsort:**

Domstadtkino Merseburg
König-Heinrich-Straße 7
06217 Merseburg

Sonntag, 7. März 2020

14:00 Uhr **„Weiße Wölfe“**

Gast: Gojko Mitic
Moderation: Maik Reichel

14:30 Uhr **„Familie Brasch“** Eine deutsche Geschichte

Gast: Marion Brasch
Moderation: Knut Elstermann

15:00 Uhr **„For eyes only“**

Gast: Renate Geißler
Moderation: Mirco Wiermann

16:00 Uhr **Filme historisch gesehen:** Frank Hoffmann

17:00 Uhr **„Fallada – letztes Kapitel“**

Gast: Jörg Gudzuhn
Moderation: Marion Brasch

17:30 Uhr **„Das Wasserschloss“**
aus der DEFA-Fernsehserie „Das unsichtbare Visier“

Gast: Giso Weißbach
Moderation: Barbara Kaaden

18:00 Uhr **„Wolz – Leben und Erklärung eines deutschen Anarchisten“**

Gast: Heidemarie Wenzel
Moderation: Andreas Montag

18:30 Uhr **„Thomas Bille fragt Knut Elstermann“**
Film: „So klang die DEFA“

20:30 Uhr **„Bitte nach Mitte!“**

Gast: Anna Osterloh **Moderation:** Ulrich Jacobi

★★★★★

VORVERKAUF & RESERVIERUNG

Vorverkaufstart: 31.01.2020

oder telefonisch unter 03461-352853
sowie online

www.domstadtkino-merseburg.de



Sonntag, 8. März 2020

12:00 Uhr **Amateurfilmrunde**

13:30 Uhr **„Menschen am Sonntag“**
Stummfilm mit Klavierbegleitung

Pianist: Günter A. Buchwald
anschließend Gespräch mit Wolfgang Kubak

14:00 Uhr **Filme historisch gesehen:** Frank Hoffmann

14:30 Uhr **„King-Kong-Grippe“**
aus der DEFA-Fernsehserie „Das unsichtbare Visier“

Gast: Joachim Richter
Moderation: Barbara Kaaden

15:15 Uhr **„Gundermann Revier“**

Gast: Grit Lenke, Uwe Mann
Moderation: Stefan Petraschewsky

15:15 Uhr **„Das Vorspiel“**

Gäste: Ina Weise, Felix von Boehm
Moderation: René Pikarski

18:00 Uhr **„Der Geburtstag“**

Gäste: Carlos Morelli, Friede Clausz
Moderation: Ulrich Jacobi

★★★★★
EINTRITTSPREISE

Eröffnungsveranstaltung: 10,- Euro
Eintrittspreise: 8,- Euro
ermäßig und Merseburg Pass: 7,- Euro
Schulveranstaltungen: 3,- Euro
Amateurfilmrunde: 2,- Euro
Lesung: 12,- Euro



➤ **Schulveranstaltungen**

(Wir bitten um Voranmeldung)
Montag, 09. März 2020
Dienstag, 10. März 2020
Mittwoch, 11. März 2020

Programmänderungen vorbehalten.
Als Besucher der Merseburger DEFA-Filmtage im Domstadtkino erklären Sie sich damit einverstanden, dass die angelegten Foto- und Filmaufnahmen zur Berichterstattung veröffentlicht werden.

➤ **Kartenvorverkauf** für die

Eröffnungsveranstaltung
ausschließlich an der Kasse
und online



#UNTEILBAR | SOLIDARITÄT STATT AUSGRENZUNG | FÜR EINE FREIE UND OFFENE GESELLSCHAFT

Erfurt, Berlin, den 07.02.2020

#NICHTMITUNS: KEIN PAKT MIT FASCHIST*INNEN – NIEMALS UND NIRGENDWO!

BUNDESWEITE GROßDEMONSTRATION

15. FEBRUAR 2020 | ERFURT, DOMPLATZ | 13 UHR

Der 5. Februar 2020 markiert einen Tabubruch. CDU und FDP haben gemeinsam mit der extrem rechten AfD in Thüringen einen Ministerpräsidenten gewählt – allen vorherigen Versprechen zum Trotz. Auch nach Kemmerichs Zurückrudern ist klar: Die Brandmauer gegen die Faschist*innen hat einen tiefen Riss. Innerhalb von FDP und CDU gibt es die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der AfD.

Wir sind zutiefst empört. Die Konsequenz für alle Demokrat*innen muss sein: Mit der AfD darf es keine Kooperation geben – nicht im Bund, nicht in den Ländern und nicht auf kommunaler Ebene!

Aus diesem Grund ruft ein breites Bündnis für den **15. Februar um 13 Uhr auf dem Domplatz in Erfurt** zu einer gemeinsamen Demonstration unter dem Motto „**#nichtmituns: Kein Pakt mit Faschist*innen – niemals und nirgendwo!**“ auf.

Wer mit Faschist*innen paktiert, hat die ganze solidarische Gesellschaft gegen sich! Wir werden unseren Protest lautstark zum Ausdruck bringen. Wir alle streiten tagtäglich:

- für Demokratie und gesellschaftlichen Antifaschismus!
- für Arbeitnehmer*innenrechte, soziale Gerechtigkeit und Klimagerechtigkeit!
- gegen Rassismus, Antisemitismus und Antifeminismus!
- gegen jede Zusammenarbeit mit der AfD!

Wir rufen bundesweit dazu auf, am Samstag, den 15. Februar in Erfurt, gemeinsam mit uns auf die Straße zu gehen. Am selben Tag stellen sich unsere Freund*innen dem Naziaufmarsch in Dresden entgegen.

Unser Antifaschismus ist #unteilbar!